

Antrag Nr. 10-F-25-0046

CDU, Bündnis 90/Die Grünen + FDP

Betreff:

(Amts-)Vormundschaften

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 21.04.2010 -

Antragstext:

Vorbemerkung:

In der Vergangenheit haben verstärkt Fälle von Kindesmisshandlung, Kindesvernachlässigung und Missbrauch die Öffentlichkeit aufgeschreckt. Ein besonderes Augenmerk soll künftig auf die Amtsvormundschaft und Vormundschaft gelegt werden, die als hoheitliche Aufgabe des Jugendamtes auch auf freie Träger übertragen werden kann.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Nur durch regelmäßigen persönlichen Kontakt wird eine wirksame Überwachung der Pflege und Erziehung des Mündels möglich. Anzustreben ist, dass dies mindestens ein Mal im Monat geschieht, und im persönlichen Umfeld des Mündels stattfinden. Nur so können Fehlentwicklungen rechtzeitig erkannt und erforderliche Maßnahmen im Interesse des Mündels eingeleitet werden.
2. Der Magistrat wird gebeten die Situation in Wiesbaden anhand folgender Fragen darzustellen:
 - a. Wie viele Amtsvormundschaften / Vormundschaften werden derzeit beim Jugendamt geführt. Wie viele Fälle hat ein Amtsvormund / Vormund zu betreuen?
 - b. Wie viele Vormundschaften werden bei welchen freien Trägern geführt. Wie hoch ist hier die Fallzahl pro Vormund?
 - c. Finden regelmäßig persönliche Kontakte zwischen Amtsvormund / Vormund und Mündel statt und werden diese in den Berichten aufgeführt?
 - d. Wie oft im Jahr hat der Amtsvormund / Vormund persönlichen Kontakt mit seinem Mündel?
 - e. Wie viele Einzelvormundschaften werden derzeit geführt?
 - f. Wie viele Mündel leben in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, wie viele in Pflegefamilien?
 - g. Wie werden die Vormundschaften finanziert und wie hoch sind die Mittel, die dafür aufgewandt werden?
3. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet den Bericht bis Oktober 2010 um die Ergebnisse für weiter einzuleitende Maßnahmen für einen konsequenten Kinderschutz zu nutzen.
4. Die im Referentenentwurf vorgesehenen Änderungen bedeuten eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung, auch für Wiesbaden. Die Stadtverordnetenversammlung geht davon aus, dass das Land Hessen, auf Basis des Konnexitätsprinzipes, frühzeitig einen entsprechenden finanziellen Ausgleich schafft.

Wiesbaden, 28.04.2010

Antrag Nr. 10-F-25-0046
CDU, Bündnis 90/Die Grünen + FDP

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender

Dr. Tilli-Charlotte Reinhardt
Fraktionsvorsitzende

Michael Schlempp
Fraktionsvorsitzender

Thomas Kroppen
Fraktionsgeschäftsführer

Carola Pahl
Fraktionsgeschäftsführerin

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin